

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Schwarzwälder Bote. 1845-1858 1855**

20 (18.5.1855) Nachläufer

## Württembergische Chronik.

Stuttgart, den 8. Mai. [275te Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertisch: die Minister v. Linden und v. Knapp, Staatsrath v. Wächter. Die Regierungsmeister von Biberach, Göppingen, Weinsberg, Tettmann, petitioniren gegen die beabsichtigte Schlachtaccise. — v. Saisberg fragt an, ob und welche Schritte die K. Regierung zu Einführung einer Tabaksteuerung gethan habe. Minister v. Knapp: Die Einführung einer solchen Steuer in Württemberg sei bekanntlich durch die Zollvereinbestimmungen verhindert; bei den letzten Zollkonferenzen habe sich die K. Regierung sehr bemüht, eine derartige Steuer für das Gebiet des Zollvereins zu empfehlen, und habe auch die Genugthuung gehabt, daß sich mehrere Regierungen dafür ausgesprochen haben, aber Preußen namentlich habe sich noch nicht dazu herbeigelassen, deshalb beruhe vorerst der Gegenstand. v. Saisberg dankt der Regierung für die in dieser Sache gemachten Bemühungen, worauf die Kammer zur Tagesordnung übergeht.

Tagesordnung: Bericht der Finanzkommission über den Bedarf der Staatsverwaltung zur Schuldentilgung. Berichterstatter Stockmaier und Dörtenbach. Die Prüfung der Steuerwendung stößt auf keinen Anstand. Zuerst kommt das neue Anleihen zur Sprache. Stockmaier: aus dem neuen Finanzausweis habe er gesehen, daß das neue Anleihen bloß im Betrage von 3,071,000 fl. aufgenommen worden sei, statt der vorgeesehenen 3,092,000 fl. Minister v. Knapp: Das Uebrige werde nachgeholt werden. Für die Periode von 1855—1858 ist zur Schuldentilgung die Summe von 7,820,768 fl. 24 kr. erforderlich. Davon soll die laufende Verwaltung 7,704,768 fl. 24 kr. und die Grundstockverwaltung 116,000 fl. übernehmen. Wird mit großer Majorität verwilligt.

Die Tagesordnung führt auf den Bericht der Finanzkommission über den Bedarf für das Departement der auswärtigen Angelegenheiten. Ref. Nagel, Korref. Springer. Hinsichtlich der Verwendung in den drei vorangegangenen Jahren wird kein Anstand erhoben. Für die drei Jahre 1855/58 zusammen hat die Kön. Regierung 462,948 fl. 36 kr. erigirt. Ministerium. Hier ist die erste Position die Besoldung des Ministers mit jährlichen 10,000 fl., während in der letzten Etatsperiode der Gehalt nur 3600 fl. nebst 1400 fl. Funktionsaufwand betrug. Die Mehrerzigen mit weiteren 5000 fl. hat die Regierung durch den größeren Amtsaufwand, welcher einem Minister des Aeußern unumgänglich obliegt, begründet. In der Finanzkommission machten sich dagegen folgende verschiedene Anträge geltend: 1) Die gleiche Summe, wie auch den übrigen Ministern, zu verwilligen: Stockmaier, Dörtenbach, Steinbuch, Nickel, Ketz, Roth, Vogel. 2) 10,000 fl., wie die Regierung: v. Hoser, Hochketter, Renner. 3) 7600 fl.: Nagel, v. Hoser, Hochketter, Renner, Maulen. 4) 6600 fl.: Frueth, Springer.

Mohl: Früher sei ein Minister des Aeußern zugleich Präsident des Geheimenraths gewesen, wofür erigirt werden 3600 fl., ein Minister hätte also nach bisheriger Erigenz 8600 fl.; nun seien freilich diese Stellen getrennt. Er berechnet, daß 38,600 fl., die für dieses Departement mehr verlangt werden, ein schöner Beitrag zu den Steuererhöhungen sei. Allerdings könne Württemberg seine auswärtige Vertretung nicht entbehren, er habe dies schon früher nachgewiesen. Aber bei keinem Departement müsse man sich mehr vor Ueberschreitungen hüten. Kriegsangelegenheiten und dergleichen wichtige Dinge werden nicht in Stuttgart ausgemacht. Je mehr man die Gesandtenstellen so stelle, daß sie von Leuten aus höheren Sphären gesucht werden, um so unfähiger werde die Vertretung seyn. Ein kleiner Staat könne aber nur durch die geschäftlich befähigsten Männer gut vertreten werden, denn dieser Eigenschaft schenke man auch an großen Höfen Rücksicht. Er sei aus sachlichen Gründen gegen sämtliche Erhöhungen. Auch die übrigen Minister verlangen Besoldungserhöhungen. Der Finanzminister werde das große Defizit angeben können. Drei Millionen habe man zu einer halben Robilmachung hergeben müssen, und nachdem wir 12 theure Jahre hinter uns haben, verlangen die Minister Besoldungszulagen. Er berufe sich auf die konservativen Mitglieder, was das für einen Eindruck auf dem Lande gemacht habe.

Schott: Er kenne die diplomatischen Geheimnisse nicht und wisse auch nicht, womit die Gesandten ihre Zeit zubringen; aus öffentlichen Blättern lese er nur, daß sie bei Tausen, Hochzeiten u. dergl. Gala machen; ob sie mit speziellen Fragen über die handelspolitischen und rein politischen Interessen beschäftigt seien, könne er nicht erfahren. Es seien ihm schon Korrespondenzen von Diplomaten in die Hand gekommen, aber auch in diesen sei nur

von Einkäufen zc. für die Höfe, nicht aber von Landesinteressen die Rede gewesen. Er frage, ob es richtig sei, daß die ständigen Gesandten sich wenig mit den Interessen des Landes zu befassen haben, weil ja in jedem Spezialfall besondere Gesandte abgeordnet werden.

Pfeifer hätte eher Ersparnisse im Departement des Auswärtigen erwartet, angesichts der Finanzlage und der Noth des Landes. Die gesellschaftliche Stellung einer Gesandtschaft, eines Departements werde nicht dadurch bezeichnet, was sie esse und was sie trinke, und wie sie sich kleide, sondern was sie vermöge. Die Kräfte Württembergs seien im Auslande aber so bekannt, daß mit dem Bischofen Gehaltserhöhung den fremden Mächten kein Sand in die Augen gestreut werde. Er glaube zwar nicht, daß bei dem bermaligen Gehalte der Gesandten die Geschäfte auswärtig gut besorgt werden, davor möge ihn der Himmel bewahren, allein er glaube, daß sie bei höherem Gehalte nur noch schlechter besorgt würden. Die Schweiz habe keine Gesandten, sondern bloß Geschäftsträger und ihre machtliche Stellung sei eine ganz andere als die Württembergs. Er sei gegen jede Erhöhung der Gehalte.

Minister v. Linden will nur Posten für Posten, da die eingeschlagene Art der Berathung von der früheren Art abweiche, und bemerkt, daß es durchaus nichts Befremdendes sei, wenn die Einbildung, Unkenntniß und Unmaßung Hand in Hand mit einander gehen.

Präsident Römer: Ich habe in den Reden der H. Mohl, Schott und Pfeifer Nichts gefunden, was einen Ordnungsruf begründet hatte.

Minister v. Linden: Einen Ordnungsruf habe er auch nicht verlangt, aber Mohl habe eine ganze Reihe, eine ganze Classe von Staatsdienern der Unfähigkeit geziehen.

Mohl: Ich werde beweisen, was ich gesagt habe.

Minister v. Linden: Es beweise einen vollkommenen Mangel an Kenntniß der Thatsachen und an Bildung, wenn man in einer Weise zu sprechen wage, wie es von einer Reihe von Abgeordneten geschehe. Er sei übrigens gewohnt, auf solche Beispiele der Alleinweisheit in dieser Kammer zu stoßen, und werde sich nur die Mühe nehmen, mit gewohnter Freimüthigkeit sich auszusprechen. Staatsrath v. Wächter werde Vortrag halten über die Besoldungen der Minister an andern Höfen, die theils auf gleicher Linie mit Württemberg, theils darunter stehen.

Staatsrath v. Wächter zeigt, daß z. B. Sachsen, Baden, Hessen und andere sich den Ministerien gegenüber weit freigeiger gezeigt, als es in Württemberg je zugemuthet worden.

Minister v. Linden fährt fort: Die Minister haben sich bei den Gehaltserhöhungen nicht von egoistischen Motiven leiten lassen, sie handeln bloß im Interesse des Landes. Er habe das Ministerium des Auswärtigen zwei Jahre interimistisch geleitet und sehe jeden Augenblick der Abnahme dieses Amtes entgegen; er habe aber die Ueberzeugung erlangt, daß die Zwecke des Ministeriums nur mit der erigirten Summe erreicht werden können. Die ausgezeichneten persönlichen Fähigkeiten eines Mannes können das nicht ersetzen, was ihm an materieller Grundlage fehle. Die Regierung habe sich in den engsten Schranken gehalten.

Schott: Die Erhöhung der Gehalte sei bloß wünschenswerth, und das könne für einen Volksabgeordneten bei der gegenwärtigen Sachlage nicht maßgebend seyn.

Mohl: Starke Ausdrücke seien kein Beweis; der Minister habe keine Gründe und nur wenig Gedanken vorgebracht. Redner ergeht sich so ziemlich in der Weise, wie er es in seiner ersten Rede gethan und schließt mit dem Satz: er könne sich nicht entschließen, einem Ministerium ein Dankvotum durch Gehaltserhöhung zu geben, das dem Lande eine nur solche Reihe von Rechten entzogen und dasselbe mit noch weiteren Verlusten bedrohe.

Minister v. Linden: Die Regierung habe stets nur mit Zustimmung der Kammern gehandelt. Das was die Regierung gethan, sei unter dem Drucke von Umständen geschehen, die das Vorgehen der Regierung als eine große Mäßigung erscheinen lassen. Eine genauere Enthüllung der Wahrheit sei ihm nicht gestattet. Eine Handlungsweise, wie sie die Opposition beobachte, könnte nur noch zu Weiterem führen.

Pfeifer: Jetzt stehe man am Anfange der Staatsberathung, jetzt sei es nöthig, in jeder möglichen Weise Ersparnisse herbeizuführen, komme man einmal an die Berathung des Einnahmetats, so sei Noth in allen Ecken und Enden und die Steuererhöhung könne nicht mehr abgewiesen werden.

Mohl: Er hatte auf die geheimen Verdienste eines Ministers nicht viel; die Verdienste in Staatsangelegenheiten treten bald offen zu Tage. Der Minister habe gesagt, er, Mohl, habe

einen ganzen Stand beleidigt, allein wenn man die Befähigung eines Standes bezweifle, so liege darin durchaus keine Beleidigung; könne man doch im gegenwärtigen Augenblicke in ganz England die Unfähigkeit seiner Aristokratie aussprechen hören.

Wie ist von S.: Die Vorredner haben sehr viel Wahres gesagt; noch sei vom Ministerisch keine Auskunft über die etwaigen Erfolge der Gesandtschaften gegeben worden. Selbst sehr conservative Männer in diesem Saale haben zugegeben, daß große Missbilligung über die Gehaltserhöhungen der Minister im Lande herrsche. Das Gleiche sei der Fall mit den 280,000 fl. Renten, die man dem Adel als Entschädigung zuwenden wolle. Eine Vergleichung der Gehalte der Minister und der jetzigen, falle nicht zu Gunsten der letzteren aus; und doch haben die ersteren eine Verwaltung geführt, die den Wünschen des Volkes viel gerechter geworden sei, als die gegenwärtige.

Minister v. Linden: Gerade der Abgeordnete von Saugau sei einer jener Männer, welche dazu beigetragen, die Staatskasse in die alte Lage zu bringen, in der sie sich befinde.

Gegen die Vorwürfe der Verarmung des Landes erklärt im späteren Verlauf der Debatte Minister v. Linden: einige Theile des Landes seien allerdings in Folge von Elementarereignissen und Mißwachs zurückgekommen; allein andere große Strecken des Landes haben unverhältnißmäßig gewonnen; man solle nur die Remontierungskommission fragen, mit welcher Geringschätzung die Bauern die großen Summen, welche für Pferde hingezählt worden, eingestrichen haben. Da habe man hören können, es sei kaum der Werth, wegen solcher Bagatelle zu warten; es gebe große Strecken, wo nicht bloß Wohlstand, sondern Reichthum herrsche. Es gebe Landestheile, die allein im Stande wären, die angesonnenen Opfer zu tragen.

Ruoff: Der Herr Minister schiebe die Schuld des Defizits immer auf die Jahre 1848 und 1849. Er möchte fragen, ob die Ablösungsgesetze auch Schuld seien, daß sich der Etat dieses Ministeriums um 38,000 fl. vermehrt habe. Wenn von Wohlstand gesprochen werde, so müsse man nicht auf die äußerst geringe Zahl von reichen Bauern sehen, die etwa durch die Remonteaufkäufe aus dem Staatsbeutel noch mehr bereichert werden, sondern auf die sehr verarmte Mittelklasse, auf welche die Steuerlast hauptsächlich drücke.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 1) auf 10,000 fl. abgelehnt mit 72 gegen 5 Stimmen. Ja: Hofer v. Eobenstein, D. v. Dm., Hochstetter, Kenner, Daniel; 2) auf 7600 fl. abgelehnt mit 46 gegen 54 Stimmen, 3) auf 6600 fl. abgelehnt mit 49 gegen 27 Stimmen, wobei die beiden äußersten Seiten mit einander stimmten. 4) Der Antrag, dem Minister des Auswärtigen nicht mehr zu geben als den Andern, wird durch Aufstehen mit großer Mehrheit angenommen.

Der Minister v. Linden erklärt sich für verpflichtet, zu erklären, daß die Regierung sich vorbehalte, die Besoldung dieses Ministeriums so zu reguliren, wie sie es im Interesse des öffentlichen Dienstes für erforderlich halte. Große Aufregung, Mohn und Rüdinger protestiren gegen ein solches Vorgehen der Regierung. Römer: Wir wollen erst abwarten, ob die Regierung in der Weise, wie sie es androht, in das Bewilligungsrecht der Kammer eingreifen wird, um die nöthigen Schritte einzuleiten. Der Gegenstand ist abgethan. Die Sitzung wird geschlossen. Nächste Sitzung morgen. Gegenstand der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Stuttgart, den 11. Mai. [277te Sitzung der Kammer der Abgeordneten. — Schluß.] 2) Höhere Gerichte. Die Position des Obertribunals mit 45,750 fl. wird genehmigt. Für die Kreisgerichtshöfe ist erigirt 143,600 fl., was bewilligt wird. Die Kanzleikosten für das Ministerium und die Kollegien mit 23,100 fl. werden gutgeheißen.

3) Bezirksgerichte. Besoldungen der Oberamtsrichter, 25 in erster Klasse, 30 in zweiter, 10 in dritter Klasse mit zusammen 92,700 fl. werden genehmigt. Gerichtsaktuale: Die Erigenz beträgt 44,900 fl., genehmigt.

4) Gerichts- und Amtsnotare. Verlangt werden 113,550 fl., welche genehmigt werden. Gerichtsdiener 13,260 fl. angenommen. Kanzleikosten für die Oberamtsgerichte 28,250 fl. genehmigt. Mobilien, Zeitungen, Porto zc. 1700 fl. bewilligt. Assistentenkosten für Oberamtsgerichte und Notariate 15,500 fl. Die Kommissionsmehrheit will nur 14,000 fl. bewilligen, die Erigenz mit 15,500 fl. wird angenommen. Brennholz für die Oberamtsgerichte 4900 fl. angenommen. Eben so Reisekosten der Notare mit 62,165 fl.

5) Gerichtliche Strafanstalten 302,205 fl., darunter a) Strafanstaltenkollegium 3705 fl., b) für die einzelnen Anstalten 279,000 fl., c) Unterstüzung für entlassene Strafgefangene 1500 fl., was genehmigt wird. Schott fragt, ob die außerordentliche Zunahme der Strafgefangenen nur eine spezifisch württembergische Erscheinung sei, oder ob dies auch anderwärts vorkomme, worauf Justizminister erklärt, diese betrübende Erscheinung komme fast überall und namentlich in Preußen in noch höherem Maße vor; auch lauten die Nachrichten aus der Schweiz ebenso. Weiter empfiehlt Schott dem Justizminister, im Fall der Betheiligung Württembergs am europäischen Krieg, den Westmächten diejenigen sei-

ner Strafgefangenen zur Aufnahme in die Fremdenlegion anzubieten deren Verbrechen dem Eintritt in das Militär nicht im Wege stehen.

6) Kriminalkosten 230,000 fl. Die Kommission will in der Hoffnung auf wohlfeileres Brod nur 225,000 fl. bewilligen, die Erigenz mit 250,000 fl. wird gutgeheißen.

7) Reise- und Umzugskosten 2500 fl. und Dispositionsfonds 2000 fl. werden genehmigt.

Stuttgart, den 12. Mai. [278te Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Für die Civilliste werden jährlich 871,120 fl. bewilligt; für Upanagen und Wittthum jährlich 225,568 fl. 3 Kr. (die am 16. Jan. 1852 beschlossene Bitte um Revision des K. Hausgesetzes hat bis jetzt keine Folge gehabt); Donativgelber jährlich 21,875 fl. (Schott verwahrt sich gegen diese Bewilligung zu Protokoll); Unterhaltung der Upanageschlösser für 5 Jahre 23,970 fl. 27 Kr.; Entschädigungen jährlich 50,627 fl. 32 Kr.; landständische Sustentationskasse für 3 Jahre 273,245 fl. 54 Kr. Prälat v. Hauber beklagt, daß jedes Wort, das in diesem Saale gesprochen wird, stenographirt und gedruckt werde, als unnatürlich und lächerlich. Die Herren Weber und Mohl antworten ihm.

Die Tagesordnung führt auf den Bericht der Finanzkommission über den Etat für das Departement des Innern. Als Gesamtbedarf für die nächsten 3 Jahre sind berechnet durchschnittlich auf 1 Jahr 1,684,343 fl. 22 Kr. Ministerium und Kollegien. Kommissionsantrag: für 1855/56 145,569 fl. 27 Kr., für 1856/57 und 1857/58 je 137,769 fl. 27 Kr. zu bewilligen. Es ist hier die beantragte Erhöhung des Funktionsgehalts für den Minister von je 1000 fl. von der eingebrachten Erigenz in Abzug gebracht. Die Kammer stimmt bei.

Für Kanzleikosten werden je 10,000 fl. verlangt und verweigert. Unter den Besoldungen für die Landämter kommt ein neuer Aufwand für die Staatskasse mit 3000 fl., welche für die Oberamtsstherärzte angenommen werden. Es sollen nämlich die Gehalte der Oberamtsstherärzstellen je nach dem Umfange der Geschäfte auf 200 fl., 250 fl. bis 300 fl. festgesetzt, die Hälfte dieser Gehalte auf die Staatskasse übernommen, dagegen die Ernennung der Oberamtsstherärzte, unter Einräumung des gleichen Vorschlagsrechtes wie bei der Besetzung der Unteramtsarztstellen, der Regierung überlassen werden. Die Kommission aber erkennt kein Bedürfnis hiezu an und beantragt, unter Ablehnung dieser 3000 fl. für jedes Jahr 159,190 fl. zu bewilligen. Dagegen stimmt Müntzen der vollen Erigenz der Regierung mit 162,190 fl. zu. Det und Hiller sprechen für die Erigenz; Mohl, Pfeifer, A. Seeger befürchten, daß durch die beabsichtigte Einrichtung eben nur wieder eine abhängige Klasse von Beamten geschaffen und das Netz der Bureaucratie vergrößert werde; Ruoff hält die Einrichtung nicht für zweckmäßig, ja sogar für schädlich. Diesen Einwurf, entgegnet der Minister des Innern, vermöge er in der That nicht zu begreifen. Für die Landwirthschaft und für das Kapital, das in den Thieren stecke, sei es vielmehr von der größten Bedeutung, über das ganze Land tüchtig gebildete Thierärzte zu verbreiten. Beschluß: die Erigenz, mit Abzug der Kosten für die Thierärzte, zu bewilligen.

Der Vorschlag für Kanzleierfordernisse mit 43,595 fl. wird genehmigt. Eben so für Reise- und Umzugskosten je 3000 fl. für die Kriminal- und Polizeiverwaltung. Regierungserigenz je 23,000 fl. Der Kommissionsantrag, je 21,000 fl. zu bewilligen, wird angenommen. — Sicherheitspolizei. a) Landjägerkorps. Der Bedarf ist je 200,000 fl. in runder Summe. Die Kommission und die Kammer bewilligen denselben.

Gefangenentransportkosten. Der wirkliche Aufwand betrug 55—69,000 fl. Neue Erigenz: 50,000 fl., hiefür v. Hofer und Kenner. Die Kommissionsmehrheit aber will nur 45,000 fl. bewilligen. Stockmayer fügt bei, daß Erparnisse leicht gemacht werden können, man dürfe nur nicht jeden Bettler transportiren, indem hier ein Laufpaß genüge. Bewilligt werden 45,000 fl.

Beschäftigungsanstalten (in Baihingen und in Rottentburg). Für beide Anstalten beträgt der Zuschuß aus der Staatskasse jährlich 9900 fl. in runder Summe, welche bewilligt werden.

Medizinalpolizei. a) Irrenanstalten. Heilanstalt Wintensthal und Pflegeanstalt Zwisfallen. Für beide wird als Zuschuß der Staatskasse jährlich 23,000 fl. in runder Summe bewilligt. Beitrag an die Irrenanstalt von Dr. Landerer in Göppingen. Zusammen 15,000 fl. Die Kammer stimmt sogleich zu.

Als Epidemie- und Epizootiekosten werden jährlich 10,000 fl. anerkannt. Für die Hebammenschule in Stuttgart jährliche 2900 fl. Für orthopädische Heilwerke jährliche 1200 fl.

Stuttgart, den 13. Mai. [279te Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Heute wurde mit der Berathung des Etat des Departements des Innern fortgefahren und für dasselbe bewilligt: für das Landgestüt je 56,600 fl., Prämien für Privatjuchtpferde je 1640 fl. Der Beitrag zur Hagelversicherungsgesellschaft von je 15,000 fl. wird fallen gelassen. Für Gewerbe und Handel je 40,000 fl. Der von der Kommission beantragte Abzug von je 5000 fl. wird nicht genehmigt, sondern die ganze Re-

gierungserigen verwilligt. Straßen- und Brückenbau. Mit dem Beginn der neuen Finanzperiode sollen 55 1/4 Stunden Staatskräften aus dem Staatsstraßenverbande ausgeschieden und den betreffenden Gemeinden überwiesen werden; es sind im Neckarkreis die Straßenrecken Milingen-Freudenthal-Bönnigheim, von Freudenthal zur Lohgau-Vietigheimer Vicinalstraße, und von Knittlingen nach Göglingen, im Schwarzwaldkreis die Straßenrecken Rottenburg-Bodelshausen, Tuttlingen gegen Engen bis zur Landesgrenze gegen Wieblich; im Jarkkreis: Ellwangen, Dinkelsbühl, Kirchberg-Wolpertshausen, Kirchberg-Grailsheim, Hohebuch-Derbsthausen; im Donaukreis: von Wiblingen nach Dietenheim, Einthürnen-Wurzach-Ferthofen, Ulm-Friedrichshafener Route, von der Donaubrücke bei Wiblingen bis Friedrichshafen; davon werden ausgenommen teilweise als Zufahrtsstraße zur Eisenbahn Waldsee-Essendorf, Ravensburg-Weingarten als Theil der Wolfegger Straße, Ravensburg bis zum Siechenhaus, als Theil der Lindauer Straße. In Betreff der 20 Stunden betragenden Ulm-Friedrichshafener Straße beschließt die Kammer 1) die Regierung um nochmalige Ermägung der Ueberweisung dieser Straße an die Gemeinden zu bitten und 2) für den Fall einer Aenderung die Geneigtheit zu entsprechender Erhöhung der Erigenz zu erklären. Hinsichtlich der 11 übrigen Straßen wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Stuttgart, den 15. Mai. [280ste Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Eingelaufen Eingaben der Metzgerzünfte von Dörzingen, Sulz, Grailsheim, Dorb, Marbach, Neuenburg u. s. f. gegen Wiedereinführung der Schlachtaccise. — Tagesordnung: Straßenbauten. Für Straßenbauten werden auf 5 Jahre erigirt 1,808,300 fl. 27 fr. Zu Correctionen und Neubauten werden erigirt für drei Jahre Staatsstraßen 125,000 und zur Unterstüßung von Gemeindebauten 25,000 fl. zusammen 150,000 fl. Gesuche von Gemeinden liegen vor. 1) Straßencorrection von Herrenberg über Bonndorf nach Ergenzingen, Dorb zc. Gesamtaufwand nach dem ausgearbeiteten Plane und Voranschlag 47,000 fl. 2) Straßenanlage von Löwenstein nach Oberstfeld, Großbottwar. Gesamtaufwand 33,000 fl. 3) Straßencorrection von Altensteig nach Pfalzgrafenweiler, Bollenburg 19,000 fl. 4) Straßenanlage von Nach nach Statten im Oberamt Freudenthal durch das Glattthal nach Sulz 40,000 fl. 5) Abbau der Donauhälfte bei Mühlheim, Oberamts Tuttlingen 6000 fl. Staatsstraßenbauten liegen vor: Verbindungsstraße zwischen Waiblingen und der Eisenbahnstation Sersheim, Fortsetzung des Straßenbaus von Dorb über Ihlingen gegen Dettingen im Württembergischen, Straßenbau von Unterreichenbach (Galm) bis zur badischen Grenze, Fortsetzung des Straßenbaus von Böckmann nach Herdmannweiler, Fortsetzung des Straßenbaus zwischen Rosenfeld und Seilingen, — Fortsetzung der Correction der Straße von Saulgau zu der Station Aulendorf, Verbesserung der Straße von Laupheim zur dortigen Eisenbahnstation, — Straßencorrection von Unteressendorf resp. Wurzach gegen Leutkirch, — Straßencorrection von Stappach gegen Neugentheim, — Erbauung einer stehenden Brücke in Neckarweihingen, — Fortsetzung der Correction zwischen Galm und Wiblingen. Alle diese sehr angelegten Bauten sind veranschlagt mit 270,000 fl. Die von der Regierung verlangten 150,000 fl. werden genehmigt.

Fußbau. Etatsjah zwischen 1842 bis 1850 14,000 fl., zwischen 1850 bis 1854 28,000 fl. Neuer Etatsjah 40,000 fl. wird genehmigt. — Für milde Zwecke: a) an die Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins werden jährliche 50,500 fl. verwilligt. Darunter befinden sich 34,000 fl. für die in besonderer Staatsfürsorge stehenden Gemeinden. b) An die Stuttgarter Krankenanstalten werden, wie bisher, 3000 fl. gegeben. c) Prädenden für das Damenstift Oberstfeld. Erigirt und verwilligt werden je 9272 fl. — Vorübergehender Aufwand. a) Besoldungen: je 600 fl., b) für Gefällablosungen je 10,864 fl., c) für Vollziehung des Komplexgesetzes (für den Fall der Verabschiedung desselben) werden für die drei Jahre: 42,587 fl., 52,606 fl., 52,606 fl. erigirt und von der Mehrheit der Kammer nicht beanstandet. — Der Dispositionsfonds beträgt jährliche 5500 fl. Demit ist der Etat des Departements des Innern durchberathen. Nächste Sitzung am Freitag. Tagesordnung: Etat des Kultdepartements.

#### Arbeit für fleißige Hände.

Mehrere geübte **Plästerergesellen** finden bei Joh. Hemmeler in Aarau in der Schweiz Arbeit. — Mehrere gute **Steinhauer** finden dauernde Beschäftigung bei Werkmeister Karl Kraus in Stuttgart. — Einige gute **Berggoldergehülften** können sogleich dauernde Beschäftigung erhalten bei J. J. Gerth in Wiesbaden (Nassau). — 150 bis 200 tüchtige **Baumwollweber** finden bei B. Baruch und Söhne in Pechingen dauernde Beschäftigung, ebenso drei bis vier tüchtige **Baumwollfärber**. — An dem badischen Eisenbahnbau zwischen Basel und Rheinfelden finden 400 **Arbeiter** auf 6 bis 8 Monate Verdienst. Arbeitslohn für 10 Stunden 40 bis 48 fr. Es wer-

den an Arbeiterpartien auch Aufträge vergeben für einzelne Bahnstrecken. Anmeldungen sind zu machen für Auftragsübernehmer im badischen Bahnhof in Basel, für Tagelöhner in Riehen, Grenzach, Wyhlen, Herthen und Warbach.

Geübte **Uhrmachergehülften** finden dauernde Beschäftigung bei G. Schweppenhäuser, Zeil 31 in Frankfurt a. M. — Bei Bauführer Hezler in Zürich finden tüchtige **Erdarbeiter** dauernde Beschäftigung. — Bei B. Stumpf und Monatsberger, Eisenbahnbaunternehmer des III. Arbeitslooses der VI. Sektion der schweizerischen Centralbahn in Luzern finden gegen angemessene Belohnung **Steinhauer, Maurer, Steinbrecher, Zimmerleute** und **Erdarbeiter** dauernde Beschäftigung.

Gute **Zimmergesellen** finden bei Wächter und Haug in Reußbrücke bei Baden, Kanton Aargau (Schweiz) sogleich Beschäftigung. — Vierzig bis fünfzig tüchtige **Maurer** und **Steinhauer** finden gegen gute Belohnung dauernde Beschäftigung bei den Unternehmern des II. Arbeitslooses der Sektion Luzern (Schweiz). Anmeldungen können auch gemacht werden bei Pariser Fleckhammer und Tafel in Kapfhof bei Rothenburg, Kanton Luzern. — Drei bis vier tüchtige **Glasergesellen** können bei gutem Verdienst dauernde Beschäftigung erhalten bei Glasmeister Nägele in Speyer in Rheinbairern.

#### Gespräche des Schwarzwälder Boten mit einigen Bauern.

Fünfundzwanzigster Abend.

Schwarzwälder Bote: Ueber das Verhalten Oestreichs den Westmächten gegenüber lauten die Berichte immer noch widersprechend. Es ist ein Räthsel, das aber in Bälde gelöst werden muß. Der Waffensärm in den östreichischen Zeitungen ist wieder verstummt; auch soll die Militärconvention zwischen Oestreich und den Westmächten, von der ich Euch am letzten Abende erzählte, keineswegs abgeschlossen und die Abreise des Feldzeugmeisters v. Hess zur Armee wieder verschoben seyn.

Frieder: Des Ding will net reacht vorwärts; i glaub', daß dia hoba Herr einander a der Nas' rumsühra?

Sepple: Der Frieder hot ganz reacht, wenn i der Sach' da reachta Nama geba soll, so muas i saga: si ist halb Ruh, halb Mäh!

Jörgle: Do schlag' s' Wetter Küachle drei; i will von der ganza Schicht nix mai höra!

Michel: Und i glaub', daß der Schwarzwälder uns hie und da an Bära ufbindet!

Schw. Bote: Michel! Michel! Nur Eurem Namen habt Ihr es zu verdanken, daß ich mich auf Eure Worte nicht beleidigt fühle. Euch Andern muß ich entgegenhalten: „Gut Ding braucht Zeit.“ Oestreich scheint noch Hoffnung zu haben auf Erlangung eines ehrenvollen Friedens, sonst würde es sein Schwert schon in die Waagschaale geworfen haben. Es ist eine sehr ernste Politik, welche Oestreich befolgt. Man hat daher keine andere als wohl erwogene Schritte von ihm zu erwarten. Daß es noch heute mit Rußland unterhandelt, scheint Thatsache zu seyn und zugleich Beweis, daß es die Hoffnung der friedlichen Lösung noch nicht ganz aufgegeben hat. Zu gleicher Zeit sucht es sich übrigens zu vergewissern, welche Haltung Preußen und Deutschland der neuen drohenden gestalteten Wendung der Dinge gegenüber beobachten werden, denn Oestreich will für alle Fälle im Klaren seyn und wird, seine Unterhandlungen mit Rußland mögen ausfallen wie sie nur immer wollen — nicht überrascht werden. Die Westmächte gönnen auch Oestreich Zeit, auf daß dieses über die Geneigtheit seiner Verbündeten, ihre durch Uebereinkommen und Bundesbeschlüsse genau vorgezeichneten Verbindlichkeiten zu erfüllen, ins Klare komme. Daß so etwas von Seite Oestreichs im Werke ist, darauf deutet ein in der Breslauer Zeitung erschienener Aufsatz, welcher folgendermaßen lautet: „Der östreichische Präsidialgesandte am Bundestage zu Frankfurt, Graf Rechberg, ist bereits im Besitze der formulirten Anträge zur Mobilisirung der Bundescontingente, und erwartet nur von Wien aus den Tag, an welchem sie in Frankfurt gestellt werden sollen.“ Ihr könnt Euch also überzeugen, daß Oestreich die Hände nicht müßig im Schooße hält; im Gegentheil recht thätig für den Frieden arbeitet, dabei aber den möglichen Krieg nicht außer Acht läßt.

Sepple: Des ist was Ander's; unter solcha Umständ' müassa mer eba no mai Geduld haba.

Schw. Bote: Oestreichs Ansehen dürfen wir noch nicht

für geschwächt halten, denn es hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Sollte es von Rußland wirklich gezwungen werden, es auszusprechen und die deutschen Regierungen alsdann aufzufordern, dieses sein letztes Wort durch die Gesamtmacht des Bundes nachdrücklich zu unterstützen, was werden hierauf die deutschen Regierungen antworten?

Frieder: No wird d' Ueinigkeit wieder Trumpf sei; Einige werda zu Destrreich halta und andere neutral bleiba wolla.

Schw. Bote: Wir wollen in Geduld abwarten, was geschieht, und dann erst darüber räsonniren. Wenden wir nun unsere Blicke nach Frankreich, wo in der Regel wichtige Ereignisse einander Schlag auf Schlag folgen.

Frieder: Hat der Kaiserörder da Kopf no?

Schw. Bote: Ja, aber abgespröchen wurde er ihm schon und zwar von den gewöhnlichen Gerichten, die ihn auf Antrag des Staatsprokurators als des Vaternordes schuldig erkannt und zum Tode verurtheilt haben. Kaiser Napoleon soll nämlich verlangt haben, daß der Verbrecher von den gewöhnlichen Gerichten abgeurtheilt werde. „Gegen den Menschen soll verfahren werden, als wenn er auf einen Kalkbrenner der Ebene Saint-Denis geschossen hätte,“ waren seine Worte. Wer der Mörder eigentlich ist darüber ist man im Unklaren; er ist ein gutaussehender Mann und seine Manieren besitzen einen gewissen Anstrich von Bildung. Man hält ihn für einen Söldling Mazzinis und glaubt in seiner englischen Bekleidung und dem Besitze englischer Goldstücke Belege hiefür zu haben. Nicht uninteressant ist ein dieser Tage in der Allgemeinen Zeitung aus Paris mitgetheilter Artikel, der sich zum Theil auf den Mordversuch bezieht und folgendermaßen lautet: „Ich habe bereits von der immer zunehmenden Absonderung Kaiser Napoleons gesprochen, einer Abgeschlossenheit, die er persönlich und systematisch zu betreiben scheint, die aber nirgends so stark hervortritt als in der Spannung zwischen ihm und den übrigen Mitgliedern der Familie. Niemals ist ein Bruch zwischen der bestehenden Gewalt und den wuthmästlichen Erben derselben so vollständig gewesen, als zwischen Ludwig Napoleon und der Familie Jerome. Als unmittelbar nach dem Attentat neben den Großwürdenträgern auch die Mitglieder der kaiserlichen Familie sich in den Tuilerien einfanden, um ihre Glückwünsche darzubringen, empfing der Kaiser den Prinzen Napoleon in einer Art, daß der letztere sich am folgenden Tage weigerte, bei dem Dankgottesdienst zu erscheinen. Das tolle Gerücht, der Prinz sei dem Attentat nicht fremd, bedarf natürlich keiner ernstlichen Widerlegung, aber es ist bezeichnend, daß ein solches Gerücht überhaupt entstehen konnte. Diese Lage der Dinge kann unmöglich ohne Einfluß auf die Verhältnisse Frankreichs nach außen hin bleiben. Das Unstäte und Abrupte, welches die Existenz des Kaiserreichs ohnehin schon kennzeichnet, wird dadurch geradezu gefährlich. Die Verfassung sichert freilich die Erbfolge in der Person des Prinzen Jerome und dessen Nachkommenschaft, allein wohin soll es führen, wenn der Tod des Kaisers eine Klüft sündet zwischen ihm und seiner Familie? Werden nicht die extremen Parteien durch diese Klüft zur Gewalt vordringen? Der jetzige Zustand gibt allen Hoffnungen und allen Beschränkungen freien Raum. Dazu kommt noch, daß man die Tendenzen der Familie Jerome in einer Weise darstellt, daß die auswärtigen Mächte der Thronbesteigung dieser Familie nur mit Besorgnis entgegensehen könnten. Und doch darf man annehmen, daß namentlich dem Prinzen Napoleon zu viel geschieht. Der Prinz befindet sich in derselben Lage wie Kaiser Napoleon III., bevor er sich im Stande sah, mit seinen unstreitig großen Gaben vor die Welt hinzutreten. Der Prinz, dem es gar nicht an Geist, Entschlossenheit und Muth fehlt, würde als Regent ohne Zweifel die Verhältnisse von einem ganz andern Standpunkt betrachten, als das jetzt in mancher Beziehung der Fall seyn mag, und es wäre sicher klüger und vorsichtiger gewesen, ihn zu einer ausgedehnten Betheiligung an den Staatsgeschäften zu veranlassen, als ihn in eine Opposition zu treiben, die beiden Theilen nur Schaden bringen kann. Wie die Sachen liegen, wird man es indes den auswärtigen Mächten nicht verargen können, wenn sie bei einer Annäherung an Frankreich sich nicht bloß die Frage stellen, wie es gegenwärtig, sondern auch wie es möglicherweise zukünftig in Frankreich ausseht. Wir wissen nicht ob die Vertreter Frankreichs in Wien in dieser Beziehung befriedigende Aufschlüsse zu geben im Stande waren.“ Aus dem eben angeführten Artikel geht hervor, daß dem Kaiser Napoleon nicht immer Alles nach Wunsch geht.

Frieder: D' Ueinigkeit trifft mer do überall, wo Menscha sind, bei da Hohe wie bei da Niedera.

Schw. Bote: Ein weiterer Bericht aus Paris besagt, daß

in ganz Frankreich Verhaftungen in großartigem Maße vorgenommen werden und daß man einer Verschwörung auf die Spur gekommen sei.

Septic: 's Revoluzja fönnä do dia Franzosa net bleiba lau.

Michel: So wenig als Raja's Mause!

Schw. Bote: Eine weitere sehr wichtige Neuigkeit aus Paris ist die: daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten daseibst, Hr. Drouyn de Lhuys, von dem ich Euch während seiner Anwesenheit bei den Friedensconferenzen in Wien schon erzählt habe, einige Tage nach seiner Zurückkunft aus Wien seine Entlassung verlangt und vom Kaiser erhalten hat. Bis dieses zu bedeuten hat, darüber ist man noch im Unklaren. Einige vermuten, daß die Kriegspartei in Paris die Oberhand gewonnen habe und werden dadurch in ihrer Meinung bestärkt, daß der kriegslustige Versigny zu gleicher Zeit wieder eine Rolle zugetheilt erhalten hat, und zwar als Gesandter in London. Herr Drouyn de Lhuys gilt als der eifrigste Pfleger jener freundschaftlichen Beziehungen, die Frankreich seit dem 2. December 1851 (Staatsstreich) mit Oestreich unterhalten hat. Früher mit dem Großkreuz eines der ersten östreichischen Orden ausgezeichnet, fand er in Wien persönlich die höchste Zuversichtlichkeit, und — was ihm auch dort gelungen oder nicht gelungen seyn mag — gewiß ist, daß mehrfach berichtet worden ist, er sei mit großer Zufriedenheit mit seiner Aufnahme in der östreichischen Hauptstadt, und mit vollem Vertrauen auf die Absichten des Wiener Cabinets nach Paris zurückgekehrt, so daß man glauben kann, er habe sich auf Grund seiner in Wien gewonnenen persönlichen Kenntniß nachher zu nachgiebig ausgesprochen und seine Entlassung bedeute eine neue gesteigerte Entschiedenheit, eher den Krieg, auch ohne Oestreich, als den Frieden. Ueberhaupt sind in Paris nach den neuesten Berichten die Hoffnungen auf Oestreich etwas gesunken. Dessen ungeachtet bleibe ich vor der Hand bei meiner Ansicht, die ich beim Anfang unserer Gespräche festgesetzt habe. Hoffentlich werden wir nicht mehr lange im Ungewissen seyn.

Septic: Aber über Sebastopol, dort heisse's au: nur langsam voran!

Schw. Bote: Ihr werdet Euch wohl noch erinnern können, daß der General Peissier (der KadylenRäucherer aus Algerien), vor seiner Abreise in die Kreim gesagt haben soll, man werde bald nach seiner Rückkunft etwas über ihn zu lesen bekommen. Er hat nach den neuesten Berichten Wort gehalten. Nach einer 24stündigen unausgesetzten Beschießung Sebastopols hat es sich herausgestellt, daß die Russen mehrere Tausende Soldaten verloren, dagegen die Festungswerke keinen so großen Schaden erlitten haben, der nur einiger Maßen mit den gebrachten großen Opfern im Verhältniß stünde. Eben deshalb waren die Fortschritte der Verbündeten in ihren Belagerungsarbeiten nur gering. Wider alles Erwarten überraschte nun der Telegraph die Franzosen mit einer Siegesbotschaft. Der General Peissier marschirte in der Nacht vom 2. bis 3. Mai, nachdem er vor der QuarantäneBastion Stellung genommen, lebhaft auf die Bastion No. 4. Die von den Russen zu Deckung dieser Bastion errichteten vorgeschobenen Werke wurden mit dem Bajonnet genommen. 12 Mörser fielen den Franzosen in die Hände, außerdem haben sie 200 Russen gefangen genommen. Bei Tagesanbruch hatten sich die Franzosen in den eroberten Werken festgesetzt. In der darauf folgenden Nacht machten die Russen einen allgemeinen Ausfall, um die Trags zuvor ein gebühre Stellung wieder zu nehmen. Nach erbittertem Kampfe wurden sie von den Franzosen in die Festung zurückgeworfen. Die Franzosen hatten zwar auch schwere Verluste bei diesen Nacht-Exercitien, doch stunden sie in keinem Verhältnisse zu denen der Russen. Diese Waffenthat Peissiers gehört zu den glanzvollsten vor Sebastopol. Russische Berichte bestätigen sie und sagen bei, daß 10,000 Franzosen daran Theil genommen. Ob die Verbündeten zum Sturme schreiten oder den Russen eine große Feldschlacht liefern, ist noch ungewiß. So viel ist aber gewiß, daß den Verbündeten gegenwärtig große Mittel zu Gebot stehen.

Geldsorten.

Table with 2 columns: Currency type and value. Includes items like Neue Louisd'or, Pistolen, Dito preussische, Holländische Beugutdenstücke, Dukaten, 20-Frankenstücke, Englische Sovereigns, Preussische Thaler, Preussische Kassenscheine.

Fruchtpreise.

Table with 2 columns: Crop and price. Includes Dinkel, Haber, Gerste, Bohnen with prices for different months.

Sammertingen, den 4. Mai.

Table with 2 columns: Crop and price. Includes Weesen, Haber, Gerste, Roggen, Linen.

Riedlingen, den 7. Mai.

Table with 2 columns: Crop and price. Includes Kernen, Roggen, Gerste, Haber, Erbsen.